



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Josef Seidl, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Abgasnorm Euro 7 stoppen – Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert:

1. auf EU-Ebene der Einführung einer neuen Abgasnorm Euro 7 entschieden entgegenzutreten,
2. auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass Testbedingungen sich an der Lebenswirklichkeit orientieren und nicht mit der Absicht eingeführt werden, unter extremen Bedingungen Messausnahmesituationen zu erzeugen,
3. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der Verbrennungsmotor auch weiterhin eine besondere Stellung im europäischen Flottenmix einnimmt,
4. auf Bundes- und EU-Ebene zur Erreichung sogenannter CO₂-Reduktionsziele der Fahrzeugflotten von Fahrzeugherstellern den Einsatz synthetischer, CO₂-neutraler Kraftstoffe zum Antrieb von Verbrennungsmotoren anzurechnen.

Begründung:

Sowohl die verschärften CO₂-Grenzwerte als auch die jetzt angedachten Verschärfungen der Stickoxid-Grenzwerte bei der Abgasnorm Euro 7 gefährden eine Zulassung von Verbrennungsmotoren bereits ab 2025. Der Verbrennungsmotor wird dabei aus zwei Richtungen bekämpft: Einerseits durch eine unnötige Verschärfung der CO₂-Grenzwerte, die bis 2030 sukzessiv angehoben werden, andererseits mit schärferen Stickoxidemissionsgrenzen. Hierbei stehen weder gesundheitspolitische noch umweltpolitische Aspekte im Vordergrund.

Die gezielte Bekämpfung von Verbrennungsmotoren und zukünftig auch Hybrid-Antrieben trifft in erster Linie die deutsche Industrie. Denn weiterhin blockiert die EU auch die Anrechnung von synthetischen Kraftstoffen auf die CO₂-Flottendurchschnittsgrenzwerte. Die Bundesregierung hat trotz ihrer Ratspräsidentschaft auf europäischer Ebene nichts bewegt, damit die autofeindliche Politik der EU gestoppt wird, obwohl der Gestaltungsspielraum der Kanzlerin hier entscheidend sein könnte. Die verschärften Grenzwerte gefährden nicht nur Millionen Arbeitsplätze in Deutschland, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten, die auf den Automobilssektor angewiesen sind. Speziell vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden europäischen Wirtschaftskrise muss die Einführung einer Abgasnorm Euro 7 gestoppt werden.

Darüber hinaus ist eine Verringerung der Schadstoffbelastung im Vergleich zur Abgasnorm 6b für die innerstädtischen Bereiche weitgehend irrelevant. Die insbesondere dort auftretenden Luftschadstoffkonzentrationen können durch heutige, nach Euro 6d-ISC-FCM-Abgasnorm (kurz Euro-6d) zertifizierte Fahrzeuge, bereits effektiv gemindert wer-

den. Eine Erhöhung der Luftschadstoffkonzentration in relevanten innerstädtischen Bereichen und damit eine effektive Belastung der Umgebungsluft ist durch Euro-6d-Fahrzeuge nicht nachgewiesen und unwahrscheinlich. Damit ist eine weitergehende Abgasnorm nicht mit gesundheits- oder umweltpolitischen Zielen begründbar.

Die Bundesregierung bleibt gefordert, die massiven Bedenken der wesentlichen deutschen Industrieverbände ernst zu nehmen. Die Präsidentin des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA) bezeichnet die geplanten Vorgaben für Euro 7 als „technisch praktisch nicht zu schaffen“ und schlussfolgert: „mit der Einführung der geplanten EU-7-Norm wird die EU-Kommission Autos mit Verbrennungsmotor ab 2025 de facto verbieten“¹.

Die Pläne der EU-Kommission, mit der nächsten Stufe der Auto-Abgasnorm Euro 7 ab dem Jahr 2025 keine Verbrennungsmotoren in der EU mehr zuzulassen, stößt auch auf Widerstand der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament. In einem Brief an Kommissionschefin Ursula von der Leyen warnen die konservativen EU-Abgeordneten vor dem Wegfall von bis zu 400 000 Arbeitsplätzen allein in der deutschen Autoindustrie: „Ein abruptes Aus für den Verbrenner bedroht mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze in der EU“, schreiben Daniel Caspary, Chef der CDU/CSU-Gruppe, und CSU-Vize Angelika Niebler gemeinsam an von der Leyen. „Eine einseitige Förderung der E-Mobilität schafft weniger Anreize für Investitionen in alternative Kraftstoffe“, kritisieren die Europapolitiker in ihrem Brief. „Wenn der Anteil der Erneuerbaren gleichbliebe, könnte eine einseitige Elektrifizierung absurderweise dazu führen, dass der Diesel am Ende klimaschonender ist als das E-Auto“, fürchten Caspary und Niebler in ihrem Schreiben. Sie fordern die EU-Kommission auf, ganzheitlich alle Mobilitätslösungen bei der Autoabgasnorm zugrunde zu legen, also Verbrennungs- und Elektromotoren, aber auch andere Alternativen².

¹ Merkur. (2020). Verbrenner ab 2025 „de facto verboten“? Deutsche Auto-Industrie zittert vor neuer EU-Regel. URL: <https://www.merkur.de/wirtschaft/autogipfel-vda-vw-bmw-daimler-industrie-abgase-eu-verbrenner-grenzwerte-hildegard-mueller-zr-90101261.html>

² Handelsblatt (2020). CDU/CSU-Gruppe sieht Pläne der EU-Kommission zur Auto-Abgasnorm Euro 7 kritisch. URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/streit-um-verbrennungsmotor-cdu-csu-gruppe-sieht-plaene-der-eu-kommission-zur-auto-abgasnorm-euro-7-kritisch/26649708.html>